

# Pressespiegel

## Zivilklausel Aktionswoche



# Inhaltsverzeichnis

Arbeitskreis Gießener Studierender kämpft um Verankerung von Zivilklausel gegen Rüstungsforschung Rüstungsforschung – <i>Giessener Anzeiger</i> .....	3
Vielfältig nutzbare Ergebnisse – <i>taz.de</i> .....	4
Krieg und Frieden an der Uni – <i>jetzt.de</i> .....	6
Hochschulen für den Frieden! – <i>neue Rheinliche Zeitung</i> .....	8
Umfrage: Militärische Forschung am KIT verbieten - ja oder nein? - <i>ka – news.de</i> .....	10
Waffenforschung am Karlsruher Institut für Technologie bleibt erlaubt – <i>T – Online</i> ....	11
Waffenforschung am KIT weiter möglich – <i>SWR3</i> .....	11
Waffenforschung am Karlsruher Institut für Technologie bleibt erlaubt – <i>Welt online</i> ...	12
Bundesweit für Zivilklauseln – <i>die junge Welt</i> .....	12

# Arbeitskreis Gießener Studierender kämpft um Verankerung von Zivilklausel gegen Rüstungsforschung



09.05.2012

GIESSEN (fod). Laut der Tübinger Informationsstelle Militarisierung wurden alleine 2008 von der Bundesregierung 1,1 Milliarden Euro für Rüstungsforschung an Hochschulen und angeschlossenen Instituten zur Verfügung gestellt. Sei es nun zur Erforschung von biologischen Waffen, Entwicklung von Impfstoffen gegen Erreger oder zur psychologischen Konditionierung von Soldaten. Die im Gießener Arbeitskreis Zivilklausel engagierten Studierenden halten dies auch an Justus-Liebig-Universität (JLU) und Technischer Hochschule Mittelhessen (THM) für möglich und fordern an beiden Hochschulen die Verankerung einer solchen Klausel.

In die Grundordnung oder Kooperationsverträge aufgenommen oder als öffentliche Erklärung abgegeben, würde die Zivilklausel eine Verpflichtung darstellen, ausschließlich für friedliche und zivile Zwecke zu forschen und Lehre zu betreiben. Das Misstrauen der aktuell fünf Mitglieder des Arbeitskreises, der sich beim Allgemeinen Studierendenausschuss (Asta) der JLU gegründet hatte und mittlerweile eigenständig ist, kommt nicht von ungefähr. Denn wie der JLU-Student Alan Ruben van Keeken bei einem Vortrag im Rahmen der jetzt zu Ende gegangenen Aktionswoche berichtete, habe es bereits Fälle von militärischer Forschung an der Gießener Universität gegeben, „die auch öffentlich geworden sind“. Am Fachbereich Veterinärmedizin im Institut für Hygiene und Infektionskrankheiten der Tiere wäre im Jahr 2000 im Auftrag des Bundesverteidigungsministeriums ein Impfstoff gegen Gasbrand entwickelt worden, wofür nicht-toxische Varianten des Erregers gentechnisch produziert worden seien. Verantwortliche hatten dies damals bestätigt und auch ein zweites Projekt eingeräumt, bei dem an Nachweisen für und Impfstoffen gegen den Erreger des Q-Fiebers geforscht wurde.

„Höchst fraglich“

„Aktuell“ könne man jedoch keine Rüstungsforschung an JLU und THM ausmachen, so van Keeken. Gleichwohl gebe es mehrere Fachdisziplinen, wo dies denkbar wäre, allen voran Human- und Veterinärmedizin, Physik, Biologie, Psychologie an der Universität oder in mehreren der „sehr praxisausgerichteten“ Fachbereiche der Technischen Hochschule. In vom Anzeiger bei beiden Hochschulen eingeholten Stellungnahmen - in denen man Rüstungsforschung zumindest nicht kategorisch bestreitet - wird seitens des JLU-Präsidiums darauf hingewiesen, dass bereits der Landesgesetzgeber im HHG vorgibt, dass „[a]lle an Forschung und Lehre beteiligten Mitglieder und Angehörigen der Hochschulen [...] die gesellschaftlichen Folgen wissenschaftlicher Erkenntnisse mitzubedenken“ haben. Während es THM-Präsident Günther Grabatin „höchst fraglich erscheint, ob es überhaupt machbar ist, die Verwertung von ingenieurwissenschaftlichen Entwicklungsergebnissen dauerhaft im Sinne friedlicher Absichten zu kanalisieren“. Den Argumenten für eine ausschließlich zivil ausgerichtete Wissenschaft „steht darüber hinaus die durchs Grundgesetz garantierte Freiheit von Forschung und Lehre entgegen“, teilt er mit. „Bei vielem, was für zivile Zwecke entwickelt wurde, ist natürlich immer die Möglichkeit dabei, es auch militärisch zu nutzen“, weiß Alan Ruben van Keeken. Was für ihn und seine Mitstreiter erst recht ein Grund sei, eine Zivilklausel,

wie sie bereits an acht Hochschulen existiert, zu verankern. Einen Vorstoß dazu durch den Arbeitskreis hat es bereits im Frühjahr 2011 gegeben, als dieser Vorschlag von der JLU-Senatskommission im Rahmen der Diskussion über die neue Grundordnung jedoch „abgeschmettert“ worden sei. „Man begründete dies mit der Gefährdung der Wissenschaftsfreiheit, und dass in Gießen ohnehin nichts stattfindet“, berichtet van Keeken.

Erneut Antrag im Senat

Ende Mai wollen die jungen Leute einen weiteren Versuch starten und einen Antrag in den Senat der JLU einbringen, um damit eine Offenlegung aller etwa aus der Industrie an die Uni in zweistelliger Millionenhöhe fließenden Drittmittel, an normale wie auch Stiftungsprofessuren, zu erreichen. Zudem ist geplant, über das Studierendenparlament (Stupa) für eine Abstimmung unter allen Studenten bei den nächsten Wahlen im Januar 2013 zu sorgen. Zuvor wolle man in mehreren Veranstaltungen über das Thema informieren: „Wir möchten mit allen, Studierenden, Professoren, Mitarbeitern, ins Gespräch kommen.“ Einen Wunsch, den beim Vortrag ebenfalls anwesende THM-Studenten auch für ihre Hochschule äußerten.

## Rüstungsforschung in Baden-Württemberg

### Vielfältig nutzbare Ergebnisse



Die grüne Politikerin Bauer forderte als Oppositionelle, die Rüstungsforschung abzuschaffen. Als Wissenschaftsministerin in Baden-Württemberg sieht sie das anders.

Lehnt eine „gesetzliche Beschränkung von Forschungsaktivitäten“ ab: die baden-württembergische Wissenschaftsministerin Theresia Bauer. Bild: dpa

KARLSRUHE/STUTTGART *dapd* | Am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) darf voraussichtlich weiter für die Waffenindustrie geforscht werden. Damit wird es auch unwahrscheinlicher, dass Baden-Württemberg als erstes Bundesland die Rüstungsforschung an sämtlichen Hochschulen gesetzlich verbietet. Friedensaktivisten werfen Grünen und SPD bereits Wahlbetrug vor.

Am Mittwoch (9. Mai) wollen sie demonstrieren, wenn der Landtag über einen Gesetz zur Weiterentwicklung des KIT entscheidet. Eine sogenannte Zivilklausel - die Rüstungsforschung ausschließen soll - fehlt in dem Entwurf. Dabei hatte Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) als Oppositionsministerin genau diese gefordert.

Inzwischen hört sich das anders an: „Es ist ein Unterschied, ob man für Zivilklauseln im Sinne einer Selbstverpflichtung eintritt, wie ich es immer bevorzugt habe, oder ob man ein Verbot durch den Gesetzgeber will“, sagte Bauer im November vergangenen Jahres, rund ein halbes Jahr nach dem Antritt der grün-roten Landesregierung. Eine „gesetzliche Beschränkung von Forschungsaktivitäten“ lehne sie ab.

Auch ein Sprecher der Ministerin sagte nun, Bauer habe „seit jeher betont, dass es ihr um eine Selbstbindung geht, um eine Diskussion auf Hochschulebene“. Als im Jahr 2009 die Universität Karlsruhe mit dem Kernforschungszentrum zum KIT verschmolzen wurde, wollte Bauer die Zivilklausel aber noch vorschreiben. Die schwarz-gelbe Landtagsmehrheit lehnte den Antrag von SPD und Grünen jedoch ab.

### **Grundsätzlich erlaubt**

Friedensaktivisten setzten daher Hoffnungen in die neue Landesregierung, fordern Vorgaben im Landeshochschulgesetz. Damit könnte Baden-Württemberg zum bundesweiten „Vorreiter“ werden, wie Dietrich Schulze von der „Initiative gegen Militärforschung an Universitäten“ sagt. In Bremen werde ebenfalls über die Zivilklausel diskutiert, in den übrigen Bundesländern sei Rüstungsforschung an den Hochschulen derzeit grundsätzlich erlaubt.

Umso schwerer wiegt die Enttäuschung über die Landesregierung in Baden-Württemberg. „Damit wird ein Wahlversprechen gebrochen“, sagt Schulze. In der Tat können die Wahlprogramme von Grünen und SPD Hoffnung machen auf ein Verbot von Rüstungsforschung. Die Sozialdemokraten schreiben etwa: „Die Forschung in Baden-Württemberg soll ausschließlich friedlichen Zwecken dienen.“

Und bei den Grünen heißt es, sie würden die Einführung von Zivilklauseln „befürworten“. Dass die Landesregierung Rüstungsforschung am KIT nun erlauben will, erklärt sich Schulze damit, „dass die führenden Leute vor den Mächtigen aus Rüstung und Wirtschaft in die Knie gehen“. Auch die Hochschulen seien unterfinanziert und würden dadurch stärker abhängig von der Waffenindustrie.

Das KIT selbst möchte in den kommenden Wochen ethische Leitlinien verabschieden, wie eine Sprecherin des Instituts sagt. „Die Leitlinien respektieren die Freiheit der Wissenschaft und appellieren gleichzeitig an die Verantwortung jedes Einzelnen.“ Schulze reicht das nicht. Er fordert eine verbindliche Vorgabe.

### **„Keine Rüstungsforschung im engen Sinne“**

Von 1996 bis 2005 arbeitete Schulze selbst als Elektrotechniker im Kernforschungszentrum, für das eine Zivilklausel gilt. Durch die Zusammenlegung zum KIT könne Rüstungsforschung bequem an der Universität betrieben werden, die Zivilklausel werde so „ausgehöhlt und damit abgeschafft“.

Am KIT gibt es laut Sprecherin gar keine „Rüstungsforschung im engen Sinne“. Dass die Forschungsergebnisse „vielfältig genutzt werden können“, lasse sich jedoch generell nicht ausschließen. So könnten Leichtbaumaterialien etwa für Verkehrsflugzeuge oder auch für Kampffjets verwendet werden.

# Krieg und Frieden an der Uni

Text: quentin-lichtblau - Bild: Die Linke, Landesverband Bremen

Sollen an deutschen Universitäten neue Waffentechnologien erforscht werden? Darf ein Rüstungskonzern eine Stiftungsprofessur einrichten? Oder sollen sich die Unis verpflichten, ihre Lehre und Forschung auf zivile Aspekte zu begrenzen?



*Zivilklausel-Demonstration an der Uni Bremen im Januar*

In Braunschweig rollt zum 1. Mai zwischen den demonstrierenden Studenten ein Panzer durch die Straßen. Einen Tag später winden sich auf dem Bibliotheks-Vorplatz der Uni Kassel blutüberströmte Körper auf dem Boden, umringt von Kriegsmaschinerie. Was zunächst nach Ausnahmezustand und brutaler Staatsgewalt klingt, ist allerdings rein friedlicher Protest und Teil einer bundesweiten Aktionswoche.

Bei genauerem Hinsehen erkennt man auf der Pappmacheehaut des Panzers bunte Buttons mit Aufschriften wie „Rüstungsforschung in den Müll“ und „Für die Zivilklausel“, in Kassel wird ausschließlich Kunstblut vergossen. Mit solchen Aktionen, Vorträgen, Diskussionen und Filmvorführungen versucht eine Initiative von Studenten, Gewerkschaften und Verbänden noch bis 8. Mai, auf den wachsenden Einfluss von Militär- und Rüstungsindustrie an deutschen Unis hinzuweisen.

Eine Diskussion über die Thematik werde bislang „viel zu wenig geführt“, meint Dominik Bennett, Mitinitiator und Asta-Vorstand in Braunschweig. Er koordiniert die Aktionen in Braunschweig und hält Kontakt zu den anderen Universitäten, zum Beispiel in Köln, Göttingen, Gießen und Heidelberg. Zu den „kreativen Köpfen“, die sich die öffentlichkeitswirksamen Ideen mit Kunstblut und Panzern einfallen lassen, zählt er sich aber eher nicht.

Die von Bennett angesprochenen Vorgänge sind mittlerweile an vielen deutschen Unis gang und

gäbe. Das Verteidigungsministerium bekennt sich offen zur Förderung eines „sicherheitspolitischen Dialogs in Forschung und Lehre“ und fordert einen „dauerhaften, praxisorientierten und wissenschaftlichen Austausch zwischen Wirtschaft und Bundeswehr“ an den Unis. Die Bundesregierung gab allein im Jahr 2008 1,1 Milliarden Euro für Rüstungsforschung an Universitäten aus.

Rüstungskonzerne richten Stiftungsprofessuren ein oder erschaffen gleich ganze Fakultäten wie Munich Aerospace, einen Zusammenschluss von TU, Bundeswehruniversität und der Bauhaus Luftfahrt. Um solchen Praktiken entgegenzuwirken, fordert die Initiative die Einführung von Zivilklauseln, welche die Universitäten zu einer rein zivilen Lehre und Forschung verpflichtet.

Eine solche Klausel wurde erstmals 1986 an der Universität Bremen durchgesetzt. Fortan war „jede Beteiligung von Wissenschaft und Forschung mit militärischer Nutzung bzw. Zielsetzung“ abzulehnen. Es folgten weitere deutsche Universitäten wie die TU Berlin, die Universität Dortmund, Konstanz oder Oldenburg. Zuletzt ließ sich die Universität Tübingen 2010 eine Zivilklausel in die Grundordnung eintragen. Im Land Niedersachsen war die sie von 1993 bis zu ihrer Aufhebung 2002 sogar Bestandteil des Landeshochschulgesetzes.

Eine gesetzliche Verpflichtung der Hochschulen, die über ein freiwilliges Bekenntnis hinausgeht, steht derzeit in Bremen und Baden-Württemberg zur Diskussion. Die rot-grüne Regierung in Bremen stieß im März mit ihrer Forderung allerdings bei den fünf staatlichen Hochschulen auf Widerstand. „Warum muss immer alles gesetzlich geregelt werden, warum lässt die Politik die Hochschulen nicht selbst entscheiden?“, meinte Wilfried Müller, Rektor der Universität Bremen gegenüber dem Weser Kurier.

Auch in Baden-Württemberg ist es bisher nicht zur Eintragung einer Zivilklausel am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) gekommen, obwohl sich beide Parteien der grün-roten Koalition in ihren Wahlprogrammen für eine Einführung ausgesprochen hatten.

Kritiker der Regelung weisen auf zwei Probleme des Konzepts hin: Zum einen widerspricht sie laut einer Vielzahl von Professoren und Hochschulräten der Freiheit der Wissenschaft, die durch eine Beschneidung ihrer Forschungstätigkeit durch die Klausel in vielen Fachrichtungen eingeschränkt würde.

Das andere Problem ist die fließende Grenze zwischen ziviler und rüstungstechnischer Forschung, die sogenannte Dual-Use-Problematik. Wenn zum Beispiel eine technische Universität an Satellitensystemen forscht, könnten diese später sowohl für zivile Navigationstechnik als auch zur Steuerung von Drohnen dienen. "In einer Zeit, in der alles militärisch verwendet werden kann, kann eine solche Grenze gar nicht gezogen werden, wenn man das Wissenschaftssystem aufrechterhalten will", argumentierte der Bremer Rektor Müller im August letzten Jahres gegenüber dem Spiegel.

Das Unternehmen OHB, welches eben auch Satelliten für die Bundeswehr produziert, sollte in Bremen eine Stiftungsprofessur für Raumfahrttechnik mitfinanzieren. In den Augen der Studierendenvertretung ein klarer Bruch der Zivilklausel, die letztendlich gegen die Widerstände aus dem Präsidium beibehalten wurde. Die Stiftungsprofessur wurde somit abgelehnt

Nach welchen Indikatoren sollen die verantwortlichen Kräfte nun unterscheiden, wann die



Forschung den zivilen Rahmen verlässt? „Zum einen muss man sicherlich immer schauen, wer das Ganze in Auftrag gegeben hat“, meint Dominik Bennett, gesteht aber auch ein, dass die Unterscheidung bei „zweigleisigen“ Unternehmen wie EADS und VW, die neben dem zivilen auch im rüstungstechnischen Sektor mitmischen, alles andere als leicht fällt.

Und wer soll im Einzelfall verantwortlich für die Einhaltung der Klausel sein? Dominik sieht hier alle in der Pflicht, sowohl die wissenschaftlichen Kräfte und die Verwaltung als auch die Studierenden selbst. Wichtig sei die allgemeine Akzeptanz, schließlich könne „jede Klausel irgendwie umgangen werden“.

Daher hält er landesweit verpflichtende Klauseln im Hochschulgesetz zwar für wünschenswert, sieht voreilige Entscheidungen über den Kopf der Hochschulen hinweg aber skeptisch. Freiwillige Verpflichtungen könnten die Akzeptanz für Zivilklauseln vorerst besser garantieren als eine „von der Politik aufoktroierte“ Variante. Erst wenn die Bereitschaft der Universitäten zu einer rein friedensorientierten Lehre und Forschung garantiert sei, könne eine Umsetzung im Gesetz forciert werden.

## Hochschulen für den Frieden!

Von Peter Förster 8. Mai

NRhZ-ONLINE  
*Neue Rheinische Zeitung*

Das Bündnis von Studierendeninitiativen, Lehrenden, GewerkschaftlerInnen sowie Friedens- und Wissenschaftsorganisationen „Hochschulen für den Frieden“ ruft zwischen dem internationalen Tag der Arbeit und dem Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus zu einer bundesweiten Aktionswoche für Zivilklauseln, d. h. einer Selbstverpflichtung der Hochschulen für strikt zivile und friedliche Zwecke und Ziele auf. An der Uni Köln sind, wie an zahlreichen anderen Hochschulen (u.a. in Braunschweig, Bremen, Frankfurt am Main, Göttingen, Heidelberg, Karlsruhe, Kassel, und Rostock) Infostände, Diskussionsveranstaltungen und Filmvorführungen geplant.

Bundesweit wird an über 40 Hochschulen Forschung für die Bundeswehr betrieben, zudem kooperieren zahlreiche Hochschulen mit der Rüstungsindustrie, häufig ohne das Wissen der Öffentlichkeit. „Mit Militärforschung an Universitäten wird die Wissenschaft für Aufrüstung und Zerstörung in den Dienst genommen und werden intellektuelle Bemühungen für eine friedliche Entwicklung behindert. Studierende haben sich mit Urabstimmungen gegen diese Indienstnahme für den Krieg und für eine strikt zivile, friedenschaffende Ausrichtung der Wissenschaft in Form einer Zivilklausel ausgesprochen“, sagt Dominik Bennett vom AStA der TU Braunschweig.

„Mit der Zivilklausel-Woche wollen wir unter dem Motto ‚Mit den Waffen des Geistes gegen den Geist der Waffen‘ Rüstungsforschung und Krieg Vernunft und Aufklärung entgegensetzen und uns der akademischen Unterstützung von Krieg verweigern. Die Zukunftsfähigkeit der Menschheit muss gesichert werden, indem unsere geistigen und finanziellen Ressourcen an erster Stelle zur Lösung sozialer und ökologischer Probleme verwendet werden“, erläutert Lucas Wirl von der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit.



„An der Universität Köln wollen wir mit der Zivilklausel-Woche die Debatte über die Verantwortung der Wissenschaft anstoßen und treten für eine strikt zivile Ausrichtung der Hochschulen und eine friedliche Entwicklung der Gesellschaft ein. Unter anderem wird am 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus, eine Diskussionsveranstaltung zur Auswertung des Libyenkriegs stattfinden. Wir wollen der Frage nachgehen: Wie steht es im Verhältnis, dass dieser Krieg als wegweisendes Modell ‚humanitärer Interventionen‘ dargestellt wird, obwohl im Zuge des NATO-Einsatzes ca. 50.000 Menschen umgekommen sind?“, so Philipp Schubert vom AStA der Uni Köln zur Zivilklausel-Woche.

„Außerdem wird ab dem 1. Mai in der Universität eine Ausstellung zur IG Farben, dem größten Chemiekartell im 3. Reich sowie größtem Einzelfinancier der NSDAP gezeigt, der massiv an Holocaust und Krieg verdient hat. Dafür ist auch die Wissenschaft in Dienst genommen worden. Aus dem ‚Nein‘ zu diesen menschenverachtenden Zwecken sind Schlussfolgerungen zu ziehen für eine humane, gesellschaftlich verantwortliche Wissenschaft heute.“, ergänzt Agnes Kamerichs vom AK Zivilklausel der Uni Köln.  
Am 8. Mai um 18 Uhr findet in Hörsaal A2 (Hörsaalgebäude der Uni) eine Diskussionsveranstaltung zur Auswertung des Libyenkriegs statt: "Militärische Intervention in Libyen – Modell für die Zukunft?"

Die offizielle Begründung für den militärischen Einsatz in Libyen im März 2011 war bekanntlich der Schutz der Bevölkerung. Heute erfährt man in den Zeitungen kaum etwas über die aktuelle politische und soziale Lage in Libyen. Stattdessen wird der Krieg in Libyen als wegweisendes Modell „humanitärer Interventionen“ dargestellt, obwohl im Zuge des Krieges ca. 50.000 Menschen gestorben sind und die „Ärzte ohne Grenzen“ wegen Folterungen aktuell ihre Arbeit in den dortigen Gefängnissen eingestellt haben.

Daher wollen wir u.a. folgenden Fragen nachgehen: Was ist in Libyen passiert? Welche Ziele und Interessen wurden von den Akteuren der NATO verfolgt? Wer sind die Rebellen? Was lässt sich über die aktuellen sozialen und politischen Verhältnisse in Libyen sagen? Wie steht der Krieg im Zusammenhang mit dem Arabischen Frühling und den weltweiten sozialen Kämpfen für soziale Progression und gegen die Macht einer kleinen, wirtschaftlichen Elite und ihrer politischen Handlanger? Wie lässt sich die Intervention in Libyen heute bewerten, welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen? Darüber wollen wir mit Joachim Guilliard, Publizist und Friedensaktiver aus Heidelberg, diskutieren.

Die seit dem 30. April durch die verschiedenen Gebäude der Uni Köln wandernde Ausstellung über die IG Farben und ihre Geschichte insbesondere im deutschen Faschismus kann man vom 7. bis 11. Mai im Philosophikum und vom 14. bis 18. Mai im Physik-Gebäude besuchen. Weitere Standorte an der Uni folgen.

Alle weiteren Veranstaltungen unter dem Titel „Hochschulen für den Frieden – Mit den Waffen des Geistes gegen den Geist der Waffen!“ an der Universität Köln finden Sie unter: [www.zivilklausel.uni-koeln.de](http://www.zivilklausel.uni-koeln.de). Kontakt zu Gruppen an anderen Hochschulen und weitere Informationen finden Sie unter: [www.zivilklausel.org](http://www.zivilklausel.org). (PK)

Kontakt: Peter Förster, Arbeitskreis Zivilklausel der Uni Köln, [Forstpeter82@gmail.com](mailto:Forstpeter82@gmail.com)

# Umfrage: Militärische Forschung am KIT verbieten - ja oder nein?



**Karlsruhe/Stuttgart (fn) - Braucht das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) eine Zivilklausel, die militärische Forschung verbietet? Was beim Zusammenschluss von Hochschule und Forschungszentrum vor drei Jahren schon einmal diskutiert wurde, ist am Mittwoch wieder Thema im Landtag, wenn über das Gesetz zur Weiterentwicklung des KIT abgestimmt wird. Was ist Ihre Meinung: Sollte man militärische Forschung am KIT verbieten?**

9.Mai 2012

Auf der Tagesordnung des Landtags liest sich das Ganze noch recht unspektakulär: "Gesetz zur Weiterentwicklung des Karlsruher Instituts für Technologie", heißt es hier unter Punkt 4. Doch dieser Punkt hat es in sich - weil in ihm etwas fehlt: Eine Zivilklausel, die militärische Forschung ausschließt, wie sie die Grünen-Abgeordnete Theresia Bauer zusammen mit dem Karlsruher SPD-Abgeordneten Johannes Stober bei der Gründung des KIT im Jahre 2009 noch gefordert hatte.

## **Zivilklausel schon 2009 gefordert**

Die Forderung scheiterte damals an der schwarz-gelben Mehrheit im Landtag und wurde daher nicht in das KIT-Gesetz aufgenommen, mit dem der Zusammenschluss von Universität und Forschungszentrum beschlossen wurde. Sie landete allerdings in den Wahlprogrammen von SPD und Grünen. So postulierte die SPD, die Forschung in Baden-Württemberg solle "ausschließlich friedlichen Zwecken dienen". Die Grünen erklärten, sie würden eine Zivilklausel befürworten. Das müsste sich nun doch eigentlich auch in dem Gesetzesentwurf wiederfinden, der am Mittwoch im Landtag verhandelt wird - finden zumindest Friedensaktivisten. Sie haben daher angekündigt, am Mittwoch vor dem Landtag eine Mahnwache abhalten zu wollen. Auch die Linke ist empört: "In Sachen Zivilklausel haben Grüne und SPD ihre WählerInnen betrogen!", so die Karlsruher Bundestagsabgeordnete Karin Binder in einer Pressemitteilung. Grün-Rot sieht das freilich anders: Man setze bei der Frage nach einer Zivilklausel nicht auf gesetzliche Forschungsverbote, sondern auf "Transparenz und öffentlichen Diskurs", heißt es in der Drucksache zum Gesetzesentwurf (Link führt zu PDF auf den Seiten des Landtags).

## **Keine militärische Forschung im engeren Sinne**

Gelassen gibt man sich derweil am KIT selbst. Man wolle in den kommenden Wochen ethische Leitlinien verabschieden, wird eine Sprecherin von der Tageszeitung "Die Welt" zitiert. Es gebe aber aktuell gar keine Rüstungsforschung im engen Sinne. Es lasse sich aber nicht ausschließen, dass Forschungsergebnisse vielfältig genutzt würden.

# Waffenforschung am Karlsruher Institut für Technologie bleibt erlaubt

09.05.2012, 17:26 Uhr



**Waffenforschung ist am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) weiterhin möglich. Der baden-württembergische Landtag verabschiedete am Mittwoch fraktionsübergreifend ein Gesetz, das dem KIT mehr Unabhängigkeit zubilligt. Rüstungsforschung wird darin nicht ausgeschlossen. Grüne und SPD wollten in ihrer Oppositionszeit noch eine sogenannte Zivilklausel gesetzlich vorschreiben.**

Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) sagte am Mittwoch, die Landesregierung werde die "Freiheit und Unabhängigkeit in der Forschung" nicht antasten. Stattdessen sollten die Wissenschaftler über die Frage diskutieren, was mit den Forschungsergebnissen passiert. Vor dem Landtag demonstrierten am Morgen Friedensaktivisten gegen die Politik der Landesregierung.

## Waffenforschung am KIT weiter möglich

09.05.2012

Waffenforschung ist am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) weiterhin möglich. Der baden-württembergische Landtag verabschiedete am Mittwoch fraktionsübergreifend ein Gesetz, das dem KIT mehr Unabhängigkeit zubilligt. Rüstungsforschung wird in dem Gesetz nicht ausgeschlossen.



In ihrer Oppositionszeit hatten Grüne und SPD noch eine sogenannte Zivilklausel gesetzlich vorschreiben wollen. Wirtschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) sagte am Mittwoch, die Landesregierung werde die "Freiheit und Unabhängigkeit in der Forschung" nicht antasten. Stattdessen sollten die Wissenschaftler über die Frage diskutieren, was mit den Forschungsergebnissen passiert. Friedensaktivisten hatten am Morgen vor dem Landtag gegen die Politik der Landesregierung demonstriert.

# Waffenforschung am Karlsruher Institut für Technologie bleibt erlaubt

Bauer: Freiheit und Unabhängigkeit der Forschung bleibt unangetastet

WELT  ONLINE

09.05.2012

Stuttgart (dapd-bwb). Waffenforschung ist am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) weiterhin möglich. Der baden-württembergische Landtag verabschiedete am Mittwoch fraktionsübergreifend ein Gesetz, das dem KIT mehr Unabhängigkeit zubilligt. Rüstungsforschung wird darin nicht ausgeschlossen. Grüne und SPD wollten in ihrer Oppositionszeit noch eine sogenannte Zivilklausel gesetzlich vorschreiben. Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) sagte am Mittwoch, die Landesregierung werde die "Freiheit und Unabhängigkeit in der Forschung" nicht antasten. Stattdessen sollten die Wissenschaftler über die Frage diskutieren, was mit den Forschungsergebnissen passiert. Vor dem Landtag demonstrierten am Morgen Friedensaktivisten gegen die Politik der Landesregierung.

## Bundesweit für Zivilklauseln

### Studierende und Uni-Mitarbeiter machen Druck gegen Militärforschung

Die Tageszeitung  
**jungeWelt**

*Von Michael Schulze von Glaßer 08.05.2012*

Am 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiter, startete die bundesweite Aktionswoche gegen Militärforschung an deutschen Hochschulen. In vielen Städten – etwa in Rostock und München – reihten sich Studierende und Universitätsangestellte in die Gewerkschaftsdemonstrationen ein, um auf ihr Anliegen ziviler und friedlicher Forschung und Lehre aufmerksam zu machen. Ziel der Initiativen ist es, eine sogenannte Zivilklausel in der Grundordnung ihrer Hochschule zu verankern. Damit würden sich die Einrichtungen verpflichten, nicht mehr für militärisch-kriegerische Zwecke zu forschen.

Im nordhessischen Kassel machte ein erst im März gegründeter »Arbeitskreis Zivilklausel« von Studierenden und Uni-Mitarbeitern mit Kunstblut, Plastikpanzern und Transparenten auf die an ihrer Hochschule betriebene Militärforschung aufmerksam. In der Stadt, die viele große Rüstungsbetriebe beherbergt, will der Universitätssenat demnächst einen Beschluß fassen, mit dem die Wehrforschung zementiert und eine Zivilklausel kategorisch ausgeschlossen wird. Die studentischen Vertreter im Senat werden daher einen gemeinsam mit den Zivilklausel-Aktivisten ausgearbeiteten Änderungsantrag einbringen: »Die Wissenschaft darf sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nicht entziehen«, erklärte Jörg Schrader vom AK Zivilklausel Kassel zu dem Senatsantrag. Die Studierenden übergaben Uni-Präsident Rolf-Dieter Postlep am vergangenen Mittwoch eine kleine Fahne mit einem durchgestrichenen Panzer. Für die Zukunft planen die nordhessischen Militärkritiker eine Urabstimmung über eine Zivilklausel unter den Studierenden.